

EWR-Beitritt als Jahrhundertentscheid

Am 1. Mai feiert Liechtenstein sein 25. Jubiläum als EWR-Mitgliedsstaat.

Dorothea Alber

Die EWR-Abstimmung hatte Liechtenstein an den Rand einer Staatskrise gebracht. Regierung und Landtag auf der einen und das Staatsoberhaupt, Fürst Hans-Adam II., auf der anderen Seite überwarfen sich. Die grosse Streitfrage war, ob Liechtenstein vor oder nach der Schweiz abstimmen sollte. Die Gegner formierten sich zum «Bürgerkomitee für ein lebensfähiges Liechtenstein».

Ihre grösste Sorge: Der EWR-Beitritt sei nur unter der Preisgabe der privilegierten Beziehungen zur Schweiz möglich.

Dass der damalige Bundesrat Jean-Pascal Delamuraz kurz vor der Abstimmung in Liechtenstein erklärte, dass es denkbar sei, mit nur zwei Änderungen des Zollvertrages das Verhältnis auch bei einer Zustimmung Liechtensteins beizubehalten, änderte einiges. Für viele Gegner auch heute noch die ent-

scheidende Aussage, damit die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 13. Dezember 1992 dem EWR-Beitritt mit 55,8 Prozent zugestimmt haben.

Eine Woche nach dem Nein der Schweiz, am 13. Dezember 1992, befürwortete das Land nach heftigen politischen Diskussionen den EWR-Beitritt. Und im April 1995 billigte das Stimmvolk die Beitrittsbedingungen mit einem ähnlich hohen Ja-Anteil – der Startschuss für eine Erfolgsgeschichte.

Aktuelle Umfrage zeigt breite Akzeptanz des EWR

Das Liechtenstein-Institut hat anlässlich des 25. Jubiläums eine repräsentative Onlinebefragung durchgeführt. Die Ergebnisse zeigen, dass Liechtensteins Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) bei den Liechtensteinern weiterhin grosse Unterstützung genießt. So ruft der EWR bei 76 Prozent der befragten Personen ein positives Bild hervor.

Dem stehen lediglich 5 Prozent der liechtensteinischen Bevölkerung gegenüber, die dem EWR gegenüber negativ eingestellt sind. Auch wird das EWR-Abkommen von 84 Prozent der Liechtensteiner als ein gutes Abkommen für das Land bewertet und lediglich von 4 Prozent als ein schlechtes. Als besonders wichtige Errungenschaften des EWR werden die vier Grundfreiheiten gesehen. 93 Prozent der Befragten sehen den freien Verkehr von Gütern und Dienstleistungen im EWR als wichtig für Liechtenstein an.

Kritik zeigt sich vor allem an der hohen Regulierungsdichte

Das EWR-Abkommen wird aber nicht nur als ein reines Wirtschaftsabkommen betrachtet. Auch EU-Programme wie zum Beispiel Erasmus+, der Daten-

schutz oder das EU-Emissionshandelsystem werden als wichtige Errungenschaften für Liechtenstein angesehen. Dass das EWR-Abkommen nicht nur als Wirtschaftsabkommen wahrgenommen wird, zeigt sich auch darin,

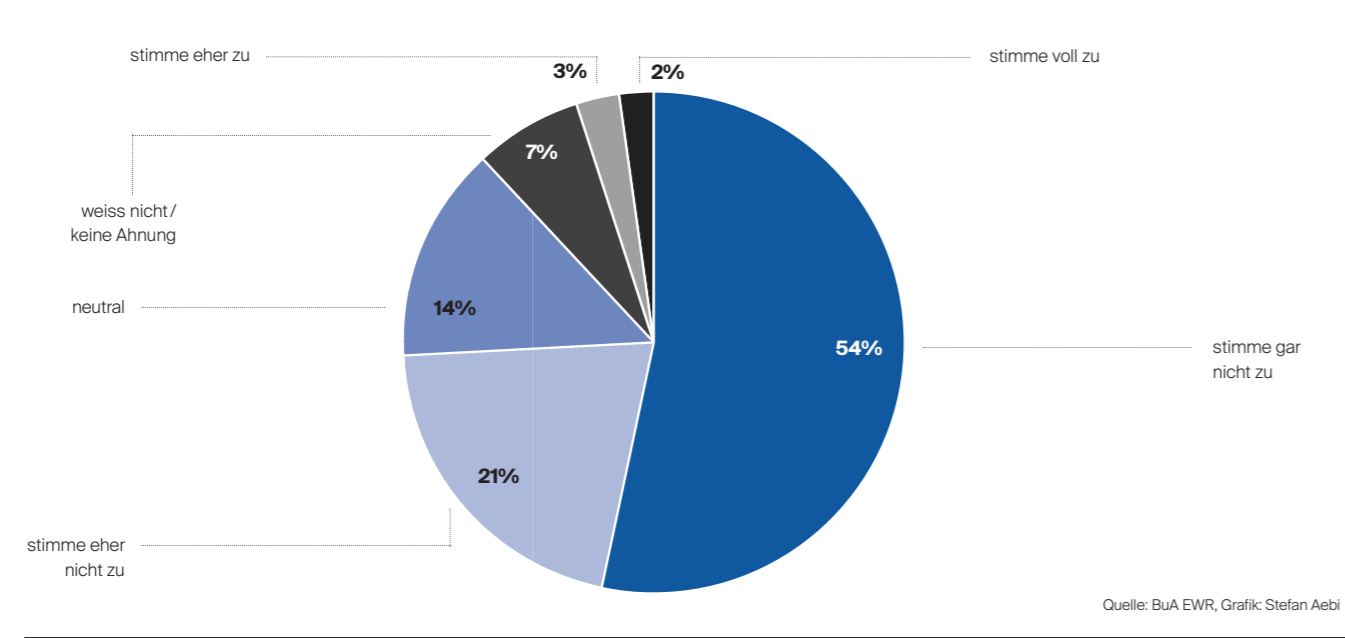
dass mehr als die Hälfte der Befragten der Meinung ist, dass der EWR positive gesellschaftspolitische Impulse für Liechtenstein gebracht habe. Ebenso sehen 57 Prozent der Liechtensteiner durch die EWR-Mit-

gliedschaft eine Stärkung der Souveränität Liechtensteins und eine Verbesserung des Images im Ausland.

Kritik am EWR bezieht sich insbesondere auf die hohe Regulierungsdichte und den damit verbundenen

Ausbau der Bürokratie und gestiegenen administrativen Aufwand für die liechtensteinischen Unternehmen. Trotz der grösseren Bürokratie halten rund 70 Prozent aller Umfrageteilnehmer die EWR-Mitgliedschaft weiterhin für die beste Lösung – auch in Zukunft. Ein allfälliger Austritt aus dem EWR käme demnach für drei Viertel der Befragten überhaupt nicht in Frage. An der Gröszenverträglichkeit der EWR-Mitgliedschaft bestehen ebenfalls kaum mehr Zweifel. So stimmten lediglich 10 Prozent der befragten Personen der Aussage zu, dass der EWR für Liechtenstein eine Nummer zu gross sei. Auch sind nur wenige Liechtensteiner der Meinung, dass der EWR die Volksrechte eingeschränkt oder die Beziehungen zur Schweiz verschlechtert habe. Immerhin 24 Prozent der Personen sind der Meinung, dass die EWR-Mitgliedschaft dazu geführt habe, dass Liechtenstein zu viel Geld an andere europäische Staaten zahlen musste. Die Zukunft des Landes als EWR-Mitglied ist für viele offenbar in Stein gemeisselt: Die Aussage «der EWR ist für Liechtenstein in den nächsten Jahren die beste Option» stösst auf eine hohe Zustimmung. (dal)

Soll Liechtenstein den Austritt aus dem EWR anstreben?



Grafik: Stefan Aebi

Nachgefragt

«Die geäusserten Warnungen lassen sich widerlegen»

Hat sich die EWR-Mitgliedschaft positiv auf die Entwicklung der liechtensteinischen Wirtschaft ausgewirkt? Wie stellt sich dies in Vergleich mit der Schweiz dar?

Andreas Brunhart: Die zweite Hälfte der 1990er-Jahre war bis heute die Phase mit den höchsten realen BIP-Wachstumsraten seit Beginn der BIP-Zeitreihe Liechtensteins Anfang der 70er. Wenn man mit statistischen Methoden das langfristige Wachstum von der kurzfristigen Konjunktur trennt, fällt auf, dass der EWR-Beitritt in einer Phase der Wachstumsverlangsamung nochmals eine mehrjährige Beschleunigung gebracht hat. In der Schweiz kann man dies etwas zeitverzögert nach der Jahrtausendwende beobachten (nach Abschluss der bilateralen Verträge).

Welche Branche konnte am meisten profitieren?

Die international tätigen Unternehmen im Finanzdienstleistungs- und Industriesektor haben stark profitiert, aber auch das Baugewerbe. Allerdings war nach dem EWR-Beitritt auch das Wachstum im Rechts- und Treuhandelsbereich überdurchschnittlich hoch, also eine Branche, welche dem EWR gegenüber nicht so aufgeschlossen war.

War die vor der EWR-Abstimmung geäusserte Angst vor einer «Regulierungswut» berechtigt?

Diese hat sich meiner Meinung nach so nicht bewahrheitet. Auch andere Assoziierungsformen hätten einen Regulierungsbedarf mit sich gebracht, darüber hinaus aber noch viel mehr Abstim-

Nachgefragt

«Es gab immer wieder erhebliche Spannungen»

Prinz Nikolaus fungierte während der Verhandlungen der EWR-Verträge als Chefunterhändler des Fürstentums Liechtenstein. Anlässlich des 25-Jahresjubiläums des Liechtensteiner Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum am morgigen 1. Mai blickt Liechtensteins langjähriger EU-Botschafter in Brüssel zurück.



Prinz Nikolaus

Bild: Archiv

Welche Erinnerungen haben Sie an die Verhandlung des EWR-Abkommens? War es eine intensive Zeit?

Prinz Nikolaus: Es waren lange und intensive Verhandlungen. Sie dauerten von 1989 bis 1992 und für Liechtenstein dann noch zwei Jahre, bis das Beziehungsgeflecht des EWR-Abkommens mit unseren bilateralen Verträgen mit der Schweiz abgestimmt werden konnte. In mehreren Verhandlungsausschüssen mussten die tausenden EU-Rechtsakte auf ihre Anwendbarkeit auf die EFTA-Staaten untersucht werden, und gleichzeitig mussten institutionelle Formen zum Souveränitäts- und Interessenschutz dieser Staaten gefunden werden. Manchmal gab es Zweifel, ob die Verhandlungen überhaupt abgeschlossen werden könnten.

Wie war die Stimmung während der Verhandlungen? Konnte man spüren, dass hier etwas Historisches im Entstehen begriffen ist?

Man pflegte einen freundschaftlichen Umgang in all den Monaten des Zusammenseins. Es gab aber immer wieder erhebliche Spannungen mit auch erzwungenen Sitzungsunterbrüchen. Für die EFTA-Staaten stand viel auf dem Spiel und für die EU waren es die bisher komplexesten Verhandlungen. Das spürte man vor allem in den allseits eingesetzten Verhandlungskapazitäten.

Worauf lag aus liechtensteinischer Sicht das Hauptaugenmerk in den Verhandlungen der EWR-Verträge?

War es schwer, sich als kleine Nation Gehör zu verschaffen?

Zu Beginn war es nicht selbstverständlich, dass Liechtenstein als autonomer Verhandlungspartner zugelassen würde. Wir waren ja nicht nur der weitaus kleinste, sondern auch kein EFTA- oder EU-Mitglied wie alle anderen Verhandlungspartner. Wir wurden dann aber mit viel Respekt behandelt. Die Machtverhältnisse waren natürlich zu beachten. Der Personen- und Immobilienverkehr, unser Sonderverhältnis zur Schweiz sowie der Finanzdienstleistungsbereich waren für uns die Prioritäten.

Inwiefern wurde ihre Arbeit dadurch komplizierter, dass sich die Schweiz als enger Partner Liechtensteins gegen einen EWR-Beitritt entschied?

Bis Ende 1992 sass die Schweiz noch am Verhandlungstisch. Danach mussten wir mit Bern und Brüssel verhandeln, um den Zollvertrag und andere bilateralen Verträge an den EWR anzupassen und gewisse Sonderregelungen im EWR zu erhalten. Liechtenstein musste also innovative Vorschläge erarbeiten, um dies zu schaffen. Praktisch jede Woche reiste ich zwischen Bern, Vaduz und Brüssel hin und her.

Oliver Beck

mungs- und Verhandlungsbedarf als im EWR. Um Marktzugang zu erhalten, müsste man sich auch ohne EWR an EU-Regeln halten. Bei einigen Regulierungsbereichen geht die Initiative zudem nicht von der EU aus oder es wäre auch ohne Existenz von EU/EWR eine Regulierung notwendig geworden – zum Beispiel Steuertransparenz oder Finanzstabilität.

Welche EWR-Befürchtungen gab es sonst noch, und haben sich diese bewahrheitet?

Die geäusserten Warnungen vor Überfremdung, Verdrängung inländischer Arbeitskräfte oder einer Explosion der Verwaltung lassen sich zahlenbasiert widerlegen. Auch die befürchtete Bedrohung des attraktiven liechtensteini-

schen Steuersystems und der Verlust des Finanzplatz-Geschäftsmodells sind nach dem EWR-Beitritt nicht eingetreten. Auch gibt es den Zollvertrag mit der Schweiz entgegen der Befürchtungen der EWR-Gegner auch heute noch, wobei hier das Regulierungsgefälle zwischen beiden Ländern eine Herausforderung bleiben wird, vor allem, wenn die Schweiz keine Einigung mit der EU erzielen wird. Dass die stark ansteigende Anzahl der Grenzgänger aber unser hausgemachtes Verkehrsproblem noch verschärft hat, kann man durchaus als negative Seite der Medaille mit den durch EWR verbesserten Standortfaktoren in Verbindung bringen.

Dorothea Alber



Andreas Brunhart, Ökonom am Liechtenstein-Institut. Bild: Daniel Schwendener